

Redetext 1. Mai 2020 (KI - Johannes Büttner)

Ich begrüße euch alle zur Kundgebung und dem Fahrrad-Corso am 1. Mai 2020 zum Thema:

## **Politische Rechte wahren - trotz Corona-Krise**

Unter dieser Losung haben wir den Fahrrad-Corso unter Einhaltung der Abstandsregeln im Rahmen der Corona-Gefahren am 1. Mai 2020 angemeldet. Unser Thema: Grundrechte und Bürgerrechte schützen, Klimawandel stoppen, für Frieden kämpfen, Flüchtlingen helfen, soziale Gerechtigkeit herstellen. Dass dies mehr als berechtigt ist zeigen die Auflagen die in dieser Notstandszeit von der bayerischen Staatsregierung für unsere Aktion uns auferlegt wurden.

<es folgen organisatorische Hinweise und die Durchführung des Fahrradcorsos>

## **Der 1. Mai steht in der Tradition der Kämpfe für das Recht auf ein Leben in Frieden, Freiheit und Würde für alle abhängig Beschäftigten und Menschen.**

Die Aktualität dieser Kämpfe ist ungebrochen, auch und gerade in dieser Krisenzeit und Ausgangssperre auf Grund der gefährlichen Corona-Grippe. Die Corona- Pandemie ist eine reale Bedrohung, vor allem für die sogenannten Risikogruppen. Deshalb ist es gut, sich an die Empfehlungen der Experten zu halten - nicht nur, um sich selbst zu schützen, sondern auch aus Solidarität mit anderen. Wir befürworten den Kampf gegen Corona. Aber wir wenden uns ganz energisch gegen die Handhabung der Krise durch die herrschende Politik. „Das Virus hat nicht nur Menschen befallen, sondern auch den Rechtsstaat.“ kommentierte der Jurist und ehemalige Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung Heribert Prantl am 5. April 2020 die aktuelle panisch-pandemische Situation.

Was hat das mit unserer Kommune zu tun? Man mag ja von dem Zick-Zack-Kurs der bundes- und landesweit Verantwortlichen halten was man will, aber nachvollziehbar sollten die angeblich nur zum Wohle der Bevölkerung getroffenen Maßnahmen doch auch bei uns sein.

Bisher bleiben aber Fragen aus dem im Alltagsleben In Aschaffenburg offen: Warum kann ein Bäckerladen die Hygiene- und Abstandsregeln einhalten, ein Blumenladen aber angeblich nicht? Warum darf der Lebensmittelmarkt am Eingang das verkaufen, was der Blumenhändler nebenan nicht darf? Warum werden am bayerischen Untermain Verstöße gegen das Infektionsschutzgesetz weitaus stringenter geahndet als im Rest von Bayern? Warum ist es gesundheitsgefährdend, einen Baumarkt in Aschaffenburg zu öffnen, im 20 Minuten entfernten Babenhausen aber nicht?

Wessen Gesundheit gefährde ich, wenn ich alleine oder mit meinem Lebenspartner im Privat-PKW eine Spritztour entlang des Maines unternehme (mal abgesehen von der klimapolitischen Sicht)? Was sollen wir von dem Zick-Zack-Kurs einer Staatsregierung halten, der unsere Streifen-Polizist\*innen gestern dazu anhält, uns von Parkbänken und Wiesen zu jagen, heute auf der Grundlage der gleichen Rechtsverordnung aber wieder entdeckt hat, wie empfehlenswert die Buchlektüre auf einer Parkbank und wie gesund Sonne und frische Luft sind?

Und schließlich: Warum darf in manchen Gebieten Deutschlands das Recht zu Versammlungen unter freiem Himmel (unter Einhaltung der Abstandsregeln) wahrgenommen werden, in anderen aber nicht? Wie steht es hier mit dem gleichen Recht für alle? Müssen erst Verfassungsgerichtsurteile kommen um die Grundrechte wieder herzustellen? Vor allem in Saarland und hoffentlich auch bald in Bayern?

Auch zur flüssigen Kreditvergabe an die Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) gibt es viele Fragen. Was kommt wann wo an?

Die durch Corona angefachte Wirtschaftskrise trifft vor allem die kleinen Unternehmen. Viele kleine Selbstständige geraten durch sie in die Pleite. Ihre Marktanteile gehen an die großen, kapitalstarken Monopole. Damit beschleunigt die Krise einen Trend der letzten Jahre. Die Großkonzerne werden größer, die Banken mächtiger, die Reichen reicher.

Die Hauptsorge der Bundesregierung gilt aber den Konzernen und Großunternehmen. Für Großkonzerne sind 600 Milliarden Euro an „Rettungsgeldern“ vorgesehen, für den Rest der Gesellschaft (vor allem kleine und mittlere Unternehmen) lediglich 122 Milliarden. Wie beim Bankenrettungsschirm 2008 wird kaum etwas davon bei der werktätigen Bevölkerung und beim Mittelstand ankommen.

Fragen über Fragen. Von einem geordneten Management der Situation keine Spur. Das müssten wir aber auch auf kommunaler Ebene erwarten dürfen.

Dass der aktuelle Shutdown – laut Prantl eine gefälligere Umschreibung des historisch belasteten Begriffes „Notstand“ – uns die Aufgabe auferlegt, auch in der Kommune nicht nur entschlossen gegen ein Virus kämpfen, sondern auch gegen eine Stimmung, die die Grund- und Bürgerrechte in Krisenzeiten als Ballast, Bürde oder Luxus betrachtet, dieser Aufgabe stellt sich die Kommunale Initiative (KI).

Sie wird sich für die volle Wiederherstellung der hart erkämpften aber derzeit ausgesetzten Rechte sowie ihre demokratische Weiterentwicklung einsetzen und bittet die Bevölkerung, sich nicht zu Gehorsam unter „starke Führung“ und Denunziantentum hinreißen zu lassen, wie sie in den Zeiten geübt wurden, von denen wir seit 75 Jahren befreit sind.